



Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann

Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Freiberg/Mittleres Erzgebirge

Jahrgang 4, Ausgabe 14/2008



Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leserinnen und Leser,

die Verabschiedung des Haushaltes 2009/2010 ist eine entscheidende Weichenstellung für das kommende Jahr. Der Etat steht unter den Vorzeichen von Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die derzeitige Situation kann man weder schlecht, noch schönreden. Auf keinen Fall aber darf man die Zuversicht verkümmern lassen. Eben diese könnte meines Erachtens nachhaltig gestärkt werden, wenn neben dem beschlossenen Konjunkturprogramm für die Wirtschaft, auch die Steuerlast der Bürger gesenkt wird. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung unterstützt die Unternehmen, etwa durch bessere Abschreibungsbedingungen oder durch zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur. Insgesamt sollen Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Euro ausgelöst werden. Wenn das Programm zur Wirtschaftsbelebung erfolgreich sein soll, müssen so viele Menschen und Unternehmen wie möglich entlastet werden. Die Maßnahmen müssen unabhängig von der nächsten Bundestagswahl umgesetzt werden. Ebenso ist es wichtig, dass es so wenige Mitnahmeeffekte wie möglich gibt. Die Entlastungen nützen zudem nichts, wenn sie in homöopathischen Dosen verabreicht werden. Der Auftakt des Weihnachtsgeschäfts hat gezeigt: Die Menschen reagieren ökonomisch vernünftiger als von manchen gedacht. Wenn die Kauflaune dauerhaft gestärkt werden soll, dann muss endlich mehr netto vom brutto in der Tasche bleiben. Leere Worthülsen kurbeln die Binnenkonjunktur nicht an.

Ihre Veronika Bellmann

Schwerpunktthema: Verlässliche Haushaltspolitik auch in der Krise

Mit dem Bundeshaushalt 2009 antworten wir auf die Herausforderungen durch die Finanzmarktkrise. Insgesamt liegt das Volumen bei 290 Milliarden Euro, insbesondere die Investitionen des Bundes werden auf 27,2 Milliarden Euro aufgestockt. Allein in die Verkehrsinfrastruktur investieren wir im kommenden Jahr über eine Milliarde Euro zusätzlich. Darüber hinaus schaffen wir mit Verpflichtungsermächtigungen von über vier Milliarden Euro die rechtlichen Voraussetzungen für weitere Infrastrukturinvestitionen. Auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden um 200 Millionen Euro erhöht. Familien werden durch die Anhebung des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes um deutlich mehr als zwei Milliarden Euro entlastet.

Das geplante Investitionsprogramm sowie die weitere Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entlasten die Bürgerinnen und Bürger und stärken damit die Inlandsnachfrage. Zudem helfen wir der Wirtschaft und stimulieren die Konjunktur. Trotz der weltweiten Finanzmarktkrise halten wir an dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest. Gleichzeitig zwingt uns die globale Wirtschaftskrise zu Korrekturen: Wir nehmen über vier Milliarden an Steuern und über zwei Milliarden Euro an Privatisierungen weniger ein, als ursprünglich geplant. Die notwendigen

Mehrausgaben zur Stabilisierung der Konjunktur und des Finanzsystems sind gut investiertes Geld. Insgesamt liegt damit jedoch unsere Neuverschuldung bei 18,5 statt 10,5 Milliarden Euro, die ursprünglich geplant waren.



Zum Vergleich: 2005 hatte die Neuverschuldung noch 31,2 Milliarden Euro betragen. Das zeigt die großen Erfolge unserer bisherigen Konsolidierungspolitik. Sie eröffnet uns nun in der Krise wichtigen Handlungsspielraum, wie uns auch der Sachverständigenrat der Wirtschaftsweisen bescheinigt: Erst durch die Schaffung langfristig tragfähiger öffentlicher Haushalte erarbeitet sich der Staat die Manövriermasse, um in einem konjunkturellen Abschwung die richtigen Maßnahmen zu ergreifen und langfristig wachstumsförderliche Ausgabenkategorien dauerhaft zu erhalten und auszubauen. Dies ist der Finanzpolitik größtenteils gelungen, sodass anders als im letzten wirtschaftlichen Abschwung jetzt die automatischen Stabilisatoren voll zur Geltung kommen könnten. (Foto: Photothek)

→ „Ich halte es für einigermaßen naiv zu glauben, dass man vier Jahre lang die Steuerpolitik so machen kann und dann anschließend in eine Wahl geht und sagt, in der nächsten Wahlperiode wird alles besser. Warum sollen die Bürger in Deutschland das glauben?“ So sprach der frühere Unionsfraktionschef Friedrich Merz im Deutschlandfunk. Ein Wahlauftritt für Angela Merkel klingt anders. Aber alles andere klingt ja auch ganz anders: Merkel ist nicht Ypsilanti, und Merz ist nicht Clement wirklich! (Die Welt vom 27.11.2008)



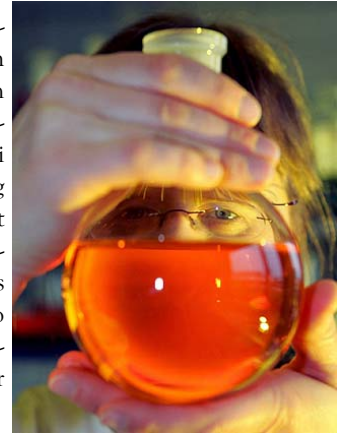
→ „Die Schockwellen der Finanzkrise haben sich zu einem massiven weltweiten Konjunkturabschwung ausgewachsen. Auch Deutschland befindet sich inzwischen in einer Rezession. Was

ist zu tun? Klassische Konjunkturprogramme mit der Gießkanne oder ziellose Subventionen einzelner Branchen und Firmen wären die falsche Antwort. Davon bleiben am Ende nur neue Schulden übrig. Die Politik ist gut beraten, stattdessen Investitionen für alle Unternehmen zu erleichtern, neue Zusatzlasten z.B. bei Bürokratie oder Klimaschutzauflagen unter allen Umständen zu vermeiden, in guten Zeiten für unnötig erachtete Strukturreformen beispielsweise im Arbeitsrecht jetzt zuzugreifen und vor allem Impulse für die müde Binnenwirtschaft zu setzen. Hier ist eine direkte Senkung der Steuer- und Abgabenlast der Bürger die beste Medizin.“ (Dr. Michael Fuchs, Vorsitzender Parlamentskreis Mittelstand im PKM-Journal)

Forschungshaushalt 2009 ist Erfolg für neue Länder

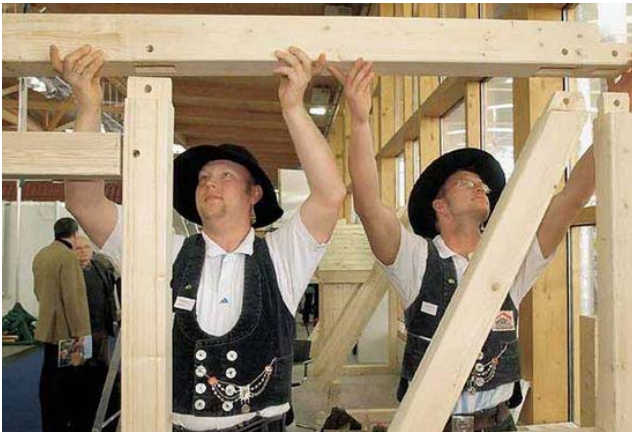
Der Bund wird für Forschung in den neuen Bundesländern zusätzliche 80 Millionen Euro bereitstellen. Das 2008 gestartete Programm „Spitzenforschung und Innovation in den neuen Bundesländern“ ist nun bis 2014 mit insgesamt 245 Millionen Euro unterlegt. Dieses positive Ergebnis wird nicht nur der Forschung zugute kommen, sondern auch mehr hochqualifizierte Arbeitsplätze bringen. Das gute Abschneiden der neuen Bundesländer bei den Pisa-Tests belegt, dass es sich lohnt, kontinuierlich in Bildung und Forschung zu investieren. Die Unionsparteien werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass unser Bildungs- und Wissenschaftssystem auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Jedem Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bietet. Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

(BMBF) für 2009 ist ein wichtiger Schritt hin zu unserem Ziel, zukünftig jeweils sieben Prozent des Bruttonormalprodukts für die Bildung und drei Prozent für die Forschung aufzuwenden. Der Haushalt des BMBF umfasst 2009 insgesamt 10 Milliarden Euro. Das sind rund 854 Millionen Euro mehr als im Vorjahr – umgerechnet ein Anstieg von mehr als neun Prozent.



Paket zur Beschäftigungssicherung beschlossen

In Anbetracht der weltweiten Konjunkturabschwächung als Folge der ersten Krise auf den globalen Finanzmärkten ist es eine vorrangige Aufgabe, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern. Deshalb hat die Bundesregierung das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ beschlossen.



Zum 1. Januar 2009 soll befristet für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von höchstens 25 % eingeführt werden. Zusätzlich ist vorgesehen, die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen und Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen zu erweitern.

Außerdem soll die steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für Handwerkerleistungen ausgeweitet werden. Für PKW mit Erstzulassung ist bis zum 30. Juni 2009 eine befristete Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr vorgesehen, um die Kaufzurückhaltung bis zur Klarheit über die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis aufzulösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5- und Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Kfz-Steuerbefreiung endet in jedem Fall am 31. Dezember 2010.

Die steuerrechtlichen Maßnahmen führen insgesamt zu einer Entlastung von rund 4,1 Milliarden Euro und fördern in den kommenden Jahren Investitionen und Aufträge von Unternehmen und Privaten in Höhe von insgesamt über 25 Milliarden Euro.

Finanzsystem besser regulieren

In der vergangenen Woche haben die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrienationen und Schwellenländer auf dem Weltfinanzgipfel in Washington ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, um die Risiken für eine Wiederholung der derzeitigen Finanzmarktkrise deutlich zu minimieren. Auf Grundlage von fünf Reformgrundsätzen wird in den kommenden drei Monaten der insgesamt rund 50 Punkte umfassende Maßnahmenkatalog weiter konkretisiert und ausgearbeitet. Die fünf Reformgrundsätze lauten: Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht, Verbesserung der Regulierung, Stärkung der Integrität der Finanzmärkte, Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, Reform der internationalen Finanzinstitutionen, Fahrplan für die Umsetzung des Aktionsprogramms. Die Ergebnisse des Weltfinanzgipfels sind ein Meilenstein in der internationalen Finanzgeschichte. Endlich bekennen sich die führenden Industrienationen und Schwellenländer dazu, künftig Finanzmärkte, Produkte und Marktteilnehmer einer besseren Kontrolle durch Regulierung und Aufsicht zu unterwerfen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, die schon frühzeitig auf den Regelungsbedarf der



Finanzmärkte hingewiesen hat, für ihren entschlossenen Einsatz in der aktuellen Krise auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und unterstützt sie in dem Bemühen um eine neue Sicherheitsstruktur der internationalen Finanzsysteme. (Foto: Focus)

PISA-Studie zeigt: CDU-Schulpolitik erfolgreich

Da staunte die Republik: Die neue innerdeutsche Ergänzungsstudie zum internationalen Pisa-Test ergab: Die schlauesten Schüler in Deutschland sprechen sächsisch! In allen drei getesteten Disziplinen Naturwissenschaften, Mathematik und Lesekompetenz schoben sich die sächsischen Schüler am bisher führenden Bayern vorbei auf Platz 1. „Eine Leistung, auf die Lehrer und Schüler stolz sein können“, kommentiert Sachsens Kultusminister Roland Wöllner (CDU) das Ergebnis.

Die neue Studie zeigt, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben und nun Früchte tragen: Insgesamt haben sich sämtliche Länder in allen Bereichen verbessert; die deutlichsten Verbesserungen wurden im Bereich der Naturwissenschaften erreicht. Sachsen erreicht weltweit den zweiten Platz hinter Finnland, aber auch Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg erreichen weltweites Spitzenniveau.

Auch bei den Lese- und Mathematikkompetenzen schneiden die seit Jahrzehnten von der Union regierten Länder Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg überdurchschnittlich gut ab, während das SPD-Stammland Bremen in allen Kategorien weit unterhalb des OECD-Mittelwerts landet und nur wenig Verbesserungen erkennen lässt. Damit unterscheidet es sich deutlich von Ländern, in denen die Union seit dem ersten PISA-Test die Regierungsverantwortung übernommen hat: So haben sich Hamburg und Nordrhein-Westfalen ins Mittelfeld vorgearbeitet; in den Naturwissenschaften hat Sachsen-Anhalt sogar eine Verbesserung um 44 Punkte erreicht.

Besonders erfreulich ist, dass die Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft abgenommen hat. Auch hier



weisen die Spitzenreiter Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg überdurchschnittliche Werte aus. Am besten gelingt es Sachsen, die Gerechtigkeit bei den Bildungschancen herzustellen.

Das zeigt einmal mehr: Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Wir machen ernst mit unserem Anspruch, allen Kindern die Chance auf Aufstieg und Teilhabe zu geben. Das ist Sozialpolitik im besten Sinne! Dagegen sind die auf linker Seite geführten Diskussionen über eine Einheitsschule ideologische Grabenkämpfe, die den Schülerinnen und Schülern nicht helfen. Diesen Weg werden wir weiter gehen, um unser Bildungssystem noch stärker zu verbessern und sicherzustellen, dass kein Kind verlorengeht. (Foto: dpa)

Verbraucherschutz für Senioren - Fachveranstaltung am 15.12. in Berlin

Im Jahr 2030 wird bereits jeder dritte Bundesbürger älter als 60 Jahre sein. Damit werden Senioren auch als Konsumenten immer wichtiger: Schon heute verfügen sie mit 316 Milliarden Euro in Deutschland über eine hohe Kaufkraft. Dabei haben ältere Menschen besondere Ansprüche an Qualität, Handhabung und Beratung. Viele Warenangebote und Dienstleistungen stellen ältere Verbraucher in ihrem Alltag vor große Probleme: kaum überschaubare Produktpaletten, zu komplizierte Gebrauchsanweisungen und kaum lesbare Beschriftungen.

Ältere Menschen fühlen sich in Verkaufssituationen vermehrt ausgegrenzt oder nicht ernst genommen. Dabei geht es nicht nur um ein Handy mit großen Tasten oder den „Senioren-PC“. An Bahnhöfen, im Internet oder in Einkaufszentren wimmelt es nur von Anglizismen und Wortschöpfungen, die älteren Menschen das Leben oft unnötig schwer machen. Auch als Kreditnehmer sind Senioren unerwünscht: Schon ab 60 Jahren wird ein Bankdarlehen zur Glückssache, Käufe auf Raten sind ab 70 Jahren nur über Bürgschaften der Kinder erhältlich.

Umso wichtiger ist es, Senioren als Verbrauchergruppe ernst zu nehmen und zu stärken. Für die Union ist und bleibt Verbraucherpolitik immer auch Seniorenpolitik. Es gilt, die digitale, sprachliche und finanzielle Spaltung der Generationen mit Hilfe eines zeitgemäßen Verbraucherschutzes zu überwinden. Werden Verhaltensweisen oder Informationsdefizite der Senioren gezielt ausgenutzt, brauchen sie daher einen besonderen Schutz oder reichen die gesetzlichen Vorgaben aus? Welche Wünsche und Anforderungen stellen ältere Menschen an Anbieter von Produkten und Dienstleistungen? Wie können Verbraucherorganisatio-



nen mit Information und Beratung die Zielgruppe besser erreichen? Was kann und muss die Politik leisten, um die Verbraucherinteressen von Senioren zu stärken?

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion veranstaltet deshalb ein Fachgespräch „Verbraucherschutz für Senioren“ in Berlin. Dieses findet statt am Montag, 15. Dezember 2008, 11 bis 15 Uhr im Deutschen Bundestag, Paul-Löbe-Haus. Nach der Eröffnung wird es Referate zu den Themen „Wirtschaftsfaktor Senioren - Daten und Fakten“ von Claudia Gaspar, Gesellschaft für Konsumforschung oder auch „Sprachwirlwarr und Seniorenausgrenzung!“ von Professor Wolf Schneider, Sprachkritiker, Journalist geben. Anschließend findet u. 12.50 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema „Zukunftsmarkt Alter - Freies Spiel der Kräfte oder politische Vorgaben?“ statt. Zudem wird an diesem Tag das Positionspapier „Seniorenpolitik ist Verbraucherpolitik - Ältere Menschen in den Fokus der Verbraucherpolitik rücken“ vorgestellt.

Nähere Informationen zur Veranstaltung und Anmeldungen über Julia Klöckner MdB, Beauftragte für Verbraucherpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Platz der Republik 1 in 11011 Berlin oder im Internet unter: cducus.de/termine.

Kurz notiert

Zahl der Beschäftigten erreicht historischen Höchststand:

Im dritten Quartal des laufenden Jahres hat sich die Zahl der in Deutschland Erwerbstätigen auf rund 40,5 Millionen erhöht. Das sind 582.000 mehr als im Vorjahr und entspricht einer Steigerung um 1,5 Prozent. Gegenüber dem zweiten Quartal 2008 haben 273.000 Personen mehr Arbeit (+0,7 Prozent). Damit gehen so viele Menschen einer bezahlten Beschäftigung nach wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich resultierte zum größten Teil aus der Zunahme der Arbeitnehmer um 1,6 Prozent auf 36 Millionen. Ausschlaggebend hierbei war vor allem der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Dagegen hat sich die Zahl der Selbständigen nur leicht erhöht (+0,2 Prozent). / (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Lohnstückkosten in Deutschland weiterhin hoch:

Die Lohnstückkosten in Deutschland sind in den vergangenen acht Jahren deutlich gesunken. Im Schnitt sind sie seit dem Jahr 2000 jährlich um zwei Prozent zurückgegangen. Wichtigster Faktor war eine deutliche Steigerung der Produktivität um jahresdurchschnittlich 4,3 Prozent. Damit hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie signifikant erhöht, weil sich im gleichen Zeitraum die Kosten pro Arbeitsstunde im Ausland um 3,6 Prozent verteuert haben. Dennoch liegen die Lohnstückkosten bei uns immer noch auf sehr hohem Niveau. Lediglich in vier Ländern ist die Produktion derzeit noch teurer als in Deutschland. Durchschnittlich liegen die Produktionskosten im Ausland um sieben Prozent unter den hiesigen. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Angleichung der Rentenwerte würde 6 Milliarden Euro kosten

Eine sofortige Anhebung des aktuellen Rentenwertes Ost auf den Wert des aktuellen Rentenwertes würde jährliche Mehrausgaben von gut 6 Milliarden Euro nach sich ziehen. Das teilte die Bundesregierung mit. Diese Kosten setzen sich demnach aus den höheren Rentenausgaben sowie den darauf entfallenden zusätzlichen Krankenversicherungsbeiträgen der gesetzlichen Rentenversicherung zusammen. Eine Prüfung der Angleichung der Rentenwerte Ost und West durch die Regierung selbst ist noch nicht abgeschlossen.

Armutrisiko unter europäischem Durchschnitt

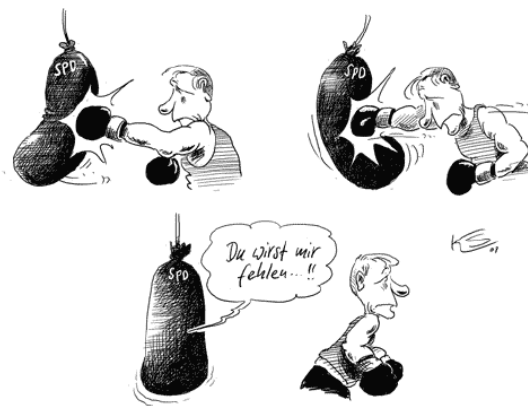
Das Armutrisiko von Alleinerziehenden in der Europäischen Union ist überdurchschnittlich hoch. Laut der Erhebung „Leben in Europa (EU-SILC)“ von 2006 lag die Armutrisikoquote dieser Bevölkerungsgruppe bei 32 Prozent. „Die Armutrisikoquote der Gesamtbevölkerung in Deutschland lag im Jahr 2005 mit 13 Prozent leicht über dem Wert des Jahres 2004 von 12 Prozent“, heißt es weiter. Bezogen auf alle EU-Mitgliedstaaten betrug die durchschnittliche Armutrisikoquote in beiden Jahren 16 Prozent.

Bildung verbessert Chancen auf dem Arbeitsmarkt:

Je besser die Ausbildung, desto besser die Beschäftigungschancen – mit leichten Einschränkungen stimmt diese Aussage auch weiterhin. So gehen unter den Geringqualifizierten in Deutschland nur 54 Prozent einer Beschäftigung nach im Vergleich zu 72 Prozent bei den Fachkräften mit Berufsausbildung. Am höchsten ist der Beschäftigungsstand unter Akademikern, der bei 85 Prozent liegt. Rechnet man den freiwilligen Verzicht auf Erwerbstätigkeit z. B. zum Zwecke der Kindererziehung hinein,

verstärkt sich die Korrelation zwischen Ausbildungsniveau und Jobchancen noch. Allerdings gibt es deutliche regionale Unterschiede infolge der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage. So sind Akademiker in Berlin doppelt so oft erwerbslos wie in Hamburg. Generell sind die Chancen in Ostdeutschland unabhängig vom Qualifikationsniveau geringer, eine Beschäftigung zu finden als im Westen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)



Zeichnung: Stuttmann

Zahl der Kinderzuschlag-Bezieher im Oktober angestiegen

Die Zahl der Menschen, die Anspruch auf Zahlung eines Kinderzuschlags haben, wird sich von 36.000 im Jahr 2007 künftig voraussichtlich um etwa 200 Prozent erhöhen. Erklären lässt sich der Anstieg laut Regierung durch die Absenkung der Mindesteinkommensgrenze, die Teil der zum 1. Oktober 2008 in Kraft getretenen Reform des Kinderzuschlags ist, und die heute bei 900 Euro (bei Paaren) oder 600 Euro (bei Alleinerziehenden) liegt. Vor der Reform sei die Unterschreitung der Mindesteinkommensgrenze mit 53 Prozent der häufigste Ablehnungsgrund für Anträge auf Kinderzuschlag gewesen. Nach ersten Ergebnissen der Familienkasse habe die Bewilligungsquote in der Zeit vom 1. bis zum 31. Oktober bei insgesamt rund 59 Prozent gelegen. Bei Menschen, die vorher bereits Arbeitslosengeld II bezogen hatten, liegt diese Quote bei rund 84 Prozent und sei damit deutlich angestiegen.

Termine

- | | |
|---|--|
| 01.-05.12. Sitzungswache in Berlin | 08.11. Vorstandssitzung CDU Mittel- |
| 02.12. Gala „Mutmacher der Nation“ in Berlin | sachen |
| 04.12. Förderkreis Deutsches Heer | 10.11. Kreistag in Freiberg |
| 06.12. Weihnachtsfeier der Pommerschen Landmannschaft in Freiberg | 15.-19.12. Sitzungswache in Berlin |
| 06.12. Weihnachtsfeier der CDU Eppendorf | 15.12. Besuch beim Botschaftsrat der Russischen Föderation |
| | 15.12. Weihnachtsfeier der CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag |

Kontakt

- | | |
|-------------------------------------|-----------------------------------|
| Berlin | Freiberg |
| Platz der Republik 14, 11011 Berlin | Erbische Str. 5, 09599 Freiberg |
| Tel.: (030) 227 77607 | Tel.: 03731 212967 |
| Fax: (030) 227 76602 | Fax: 03731 459446 |
| veronika.bellmann@bundestag.de | veronika.bellmann@wk.bundestag.de |

Redaktion: Markus B. Jaeger, Torsten Schilling

www.veronika-bellmann.de

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie Interesse, die Bundestagsdepesche mit aktuellen Themen aus dem Deutschen Bundestag regelmäßig per Email zu erhalten?

Kein Problem! Eine kurze Email mit der Bitte um Aufnahme in den Verteiler an die Email-Adresse

veronika.bellmann@bundestag.de

und schon erhalten Sie nach jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages die Bundestagsdepesche mit den aktuellen Themen der politischen Woche in Berlin und einem Überblick über die Termine Ihrer Bundestagsabgeordneten Veronika Bellmann.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!!

Ihre Veronika Bellmann und das Redaktionsteam